

Konferenz öffentliche Daseinsvorsorge der Landtagsfraktion DIE LINKE 21.09.2007

Moderation: Dr. Franzke (BABELconsult)

Einführung: Kerstin Kaiser

-verweist auf die europäische und regionale Dimension des Themas

I. Vorwort: Geschichte der Debatte der Daseinsvorsorge

- Diskussion 200 Jahre alt
- in Deutschland seit Ende der 30. Jahre
- Gemeinwohlorientiert aus Mitteln der öffentlichen Hand
- gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Zugang zu einem flächendeckenden und kontinuierlichen Angebot unter demokratischer Kontrolle
- Dissens mit europäischer Entwicklung seit 1957 – es gibt unterschiedliche Traditionen (Verhältnis: Markt vs. Staat)
- Europäischer Kompromiss: 1. Eigentumsordnung der einzelnen Länder soll unberührt bleiben; 2. öffentliche Unternehmen sollen behandelt werden wie Privatunternehmen;

II. Europäische Dimension der Daseinsvorsorge

nicht wirtschaftliche Dienstleistung

DL von allgemeinen wirt. Interesse

- Funktionsgarantie Art. 16 EG - Vert.
- Grundsätzliches Beihilfeverbot
- Artikel 87
- Ausnahmebestimmungen Art. 86 (2)

Keine Zuständigkeit der EG

Europäische Beihilfen und Wettbewerbsrecht

- Tätigkeiten nichtwirtschaftlicher Natur
- keine Beeinträchtigungen des innergemeinschaftlichen Handelns
- Ausübung hoheitlicher Aufgaben (innere und äußere Sicherheit; Justizverwaltung, Pflege auswärtiger Beziehungen auch privatrechtlicher betriebener Gefängnisse, Flugraum oder Seeverkehrsüberwachung
- nationale Bildungssysteme und Grundversorgungssysteme der sozialen Sicherheit, für die Pflichtmitgliedschaft auf der Basis des Grundsatzes der Solidarität besteht.

Altmark-Trans-Prüfkriterien

- das begünstigte Unternehmen muss tatsächlich mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben betraut worden sein und seine Verpflichtungen müssen klar definiert werden;
- Die Parameter anhand derer der Ausgleich berechnet wird, müssen vorher objektiv und transparent aufgestellt worden sein,
- der geleistete Ausgleich darf nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist um die Kosten der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen
- unter der Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und ein
- angemessenen Gewinn aus der Erfüllung der Aufgabe ganz oder teilweise zu decken;
- die Höhe des erforderlichen Ausgleichs kann auf zwei Wege ermittelt werden, entweder im Wege eines offenen und transparenten
 - Vergabeverfahrens oder im Wege...

Konfliktlinien: Wettbewerbsorientierung und Europäisches Sozialmodell

III. Was sind Grundlagen und was ist das Gemeinsame der Grundlagen der öffentlichen Daseinsvorsorge? Daseinsvorsorge als europäische Dimension (Lutz Brangsch)

politökonomische Perspektive

- > die allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitals
- > haben den **Zweck** die Reproduktion des Gesamtkapitals zu sichern
 - private nicht in der Lage, die Leistung zu erbringen
 - Private Leistungserbringung würde breite Teile der Gesellschaft ausschließen
 - Konkurrenzsituation zwischen Fraktionen des Unternehmertums
- > die Diskussion findet auch im Menschenrecht statt

Bezugspunkt gesellschaftliche Stabilität

- umfasst Leistungen, die vernünftig nur öffentlich zu erbringen sind
- Zentral: allgemeine Zugänglichkeit zu Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens
- letztendlich immer Ausdruck von politischen Kräfteverhältnissen und der Beantwortung der Frage, wen sollen welche Entwicklungschancen geboten werden?
- Jede politische Kraft muss ihr eigenes Bild von Daseinsvorsorge

entwerfen!

- Geschlechtergerechtigkeit in der Daseinsvorsorge
- Fragen der Migrantinnen und Migranten spielen u.a. hier eine Rolle.

Neue Bedingungen

Widerspruch zwischen Anforderungen an die qualitative Seite der Arbeitskraft und politischen Kräfteverhältnissen ermöglichen die Öffnung der Daseinsvorsorge als Sphäre der Kapitalverwertung und der damit verbundenen Ausschlüsse

Neue Interessen

- Wert „ soziale Stabilität“ verliert an Gewicht
- (kurzfristige) Haushaltskonsolidierung ist ein eigenständiger Wert geworden
- Betriebswirtschaftliche Leistungsmaßstäbe im öffentlichen Sektor (werden zumeist negativ gesehen, liegt u.a. darin, dass sie sich außerhalb der öffentlichen Kontrolle entwickelt haben und auch teils als Sanktionsmittel benutzt werden)
- Daseinsvorsorge als Sphäre der Kapitalanlage und -verwertung

Globale Dimension

- 1 Wasser- öffentliche DV und nachhaltige Entwicklung
- 2 Wohnen
- 3 Ernährung
- 4 Gesundheit/AIDS
- 5 Sicherheit-Migration-Flucht
- 6 Bildung- Information
- 7 Beschäftigung-Familie-Stellung der Frau

Reaktionen

- Weltbank „Funktionierende Dienstleistungen
- Korruptionsbekämpfung
- Welt-Wasser-Forum
- Leistungen der Daseinsvorsorge als Menschenrecht („Wiederaneignung“)
- Diskussionen auf der Welt- und regionalen Sozialforen

Berührungspunkte

- Unternehmensstrategien
- Rolle öffentlicher Unternehmen als globale Unternehmens

- Definition des Inhaltes öffentlicher Daseinsvorsorge als öffentlicher Prozess
- Entwicklungspolitik
- Welthandelsordnung
- Konzepte von internationaler Sicherheit (Debatte zu den „failing states“)

Diskussion

- ÖDV auch als Konzept der Unterordnung der Bürgerinnen und Bürger unter die Angebote der ÖDV und gleichzeitige Akzeptanz!?
- Kann Privatisierung von Leistungen der ÖDV auch ein Ausdruck von Emanzipation sein?
- Verhältnis von Globalisierung und Deregulierung scheint fraglich.
- Ist ÖDV eine kommunale Aufgabe und erfordert sie daher auch einen höheren Grad der kommunalen Selbstverwaltung?
- Qualität der Leistung sollte Maßstab der Vergabe derer sein
- Was muss der Inhalt der ÖDV sein?
- Staat bietet zunehmend weniger Leistung an, er kontrolliert „nur“ die Bereitstellung; muss darauf achten, dass öffentliche Leistungen angeboten werden und in entsprechender Qualität
- Nicht nur die Leistung, sondern auch die Art und Weise der Leistungsanbringung sollte betrachtet werden
- Reduzierung der staatlichen Eingriffe in die kommunale Daseinsvorsorge erforderlich, bei Anerkennung der Konnexität.

Vortrag: Kerstin Kaiser

Verfassungsgrundsatz der Gleichwertigkeit ist für uns Maßstab ebenso wie das Grundgesetz. Dies erfordert offensives Herangehen auf allen Ebenen, momentan aber nicht bei der Landesregierung erkennbar. Es müssen Fragen beantwortet werden, nach Aufgaben und Zuordnung von Aufgaben, also wie eine Funktionalreform gestaltet werden kann. ÖDV stärker regionalisieren.

Unser Anspruch ist die Stärkung der lokalen und regionalen Leistungsträger. Wenn man Gemeinwesen als nur Pflicht versteht, sollte man gar nicht erst anfangen, gilt insbesondere für private Unternehmen. Es geht nicht nur um Bürokratieabbau, sondern um ein völlig anderes Verständnis an das Herangehen an die Fragen der ÖDV.

In Brandenburg insofern schwierig, weil die SPD im Landtag die Probleme leugnet, aber vor Ort gleichfalls die Probleme erkennt und gemeinsam mit der Linken nach Lösungen sucht. Das Ehrenamt ist dabei notwendig, ersetzt aber nicht die staatlichen Aufgaben der ÖDV.

Die Gestaltung der ÖDV muss auf höchstem technischem und qualitativem Niveau gestaltet werden, z.B. virtuelle Bürgerbüros der Verwaltungen, E-Government-Einsatz. Grundangebot an Mobilitätsleistungen ist dazu notwendig.

Das Land muss in diesem Prozess auch die zur Verfügung stehenden europäischen Mittel für die Regionen auch nutzen. Bildung ist wichtige Voraussetzung für eine umfassende ÖDV. Bezugnahme auf Gutachten der Berliner Firma zu den Konsequenzen des demografischen Wandels. Neugestaltung der finanziellen Beziehungen im Land erforderlich.

ÖVD heute heißt für uns nicht Reduzierung der Leistungen der ÖDV sondern einstellen auf neue Herausforderungen und Rahmenbedingungen für die Leistungen der ÖDV.

Diskussion

Prenzlau:

Bürgermeister Moser verweist im Bereich der Bahn auf katastrophale Zustände am Bahnhof Prenzlau und verweist darauf, dass diese Zustände dem zuständigen Ministerium nicht mal bekannt sind.

Berlin, Redner:

Frage ist doch, was sind die Grundlagen der ÖDV und welche Aufgaben muss der Staat übernehmen. Macht deutlich, dass in den öffentlichen Haushalten das Geld für eine umfassende ÖDV fehlt. Außerdem muss deutlich werden, dass Leistungen der ÖDV nicht immer oder gar nicht mit Renditen zu erbringen sind.

Frage, wenn diese Aufgaben auf die Kommunen runter gebrochen werden, was will die LINKE dann vor Ort anders gestalten?

Kerstin Kaiser:

- die Verschuldung hat in Brandenburg einen Namen, es waren immer SPD-Finanzminister, die Lausitzring, BBI, Chipfabrik mit zu verantworten haben.
- Wichtig sind Ansprechpartner vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger, es dürfen keine zu weiten Wege zu Dienstleistungen entstehen;
- Verweist auf ein in Potsdam entstandenes Handbuch zur deutschen Geschichte, welches sich insbesondere auch zur Sozialvor- und fürsorge beschäftigt;
- zur Situation der Beschäftigten- wird die Kritik geteilt, was die Entlohnung angeht; die Initiativen der LINKEN sind bekannt zum Mindestlohn und zur Lohnangleichung sowie der Benutzung der Arbeitsmarktinstrumente des Staates.

Dr. Franzke:

Es gibt kein Vorbild, bei dem man „Abschreiben“ kann für Lösungen der ÖDV. Es besteht die Herausforderung etwas Neues zu entwickeln, welche Leistungen für wen erbracht werden sollen.

Wiesenburg:

Bürgermeisterin Barbara Klemmt zur Situation im Sektor der Krankenhäuser. Privatisierung wird immer mehr als Lösung der Probleme des Staates dargestellt. Erkennbar ist aber, dass die Ersparnisse des Landes immer mehr als Belastungen für Bürgerinnen und Bürger übertragen werden, durch längere Wege und Wartezeiten zum Beispiel bei der ärztlichen Versorgung. Insbesondere die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum sind davon betroffen.

Lutz Brangsch:

Die Frage Demokratisierung der Haushaltspolitik muss nochmals auf die Tagesordnung. Auch für LINKE gilt, Haushaltspolitik ist nicht von Gott gegeben. Sie ist Veränderbar, dies bedarf aber des öffentlichen Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürger zum tatsächlichen Bedarf und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger.

Kreitag MOL:

Herr Schäfer verweist darauf, dass Leistungen der ÖDV immer mehr auf das Ehrenamt übertragen werden und dies bei zunehmenden Kosten für das Ehrenamt.

Es darf nicht vergessen werden, dass der Sport ein großes Element der ÖDV ist, jedoch findet es sich nicht in den Dokumenten der LINKEN wieder.

KTF-LINKE, Oberhavel:

Peter Lingner: Die Linke kann sich vor der Privatisierung der Leistungen der ÖDV nicht verschließen. Wir machen es uns zu einfach, wenn wir Privatisierung nur als negatives Problem sehen. (Beispiel aus OHV)

Verweist darauf, dass auch öffentlich rechtliche Vereine Rendite-Erwartungen haben bei der Bereitstellung und Realisierung von Leistungen der ÖDV.

Private Unternehmen müssen auch stärker kontrolliert werden und es gilt sich Gedanken zu machen, wie Rekommunalisierungen von Unternehmen erfolgen können.

Potsdam:

Johannes Böttger, politisch interessierter Bürger:

Er verweist auf die Notwendigkeit der unterschiedlichen Betrachtungen der Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge. Bei der Behandlung des Themas ist es erforderlich 1. den richtigen Ansatz zu finden und 2. muss der

Lösungsweg erkennbar sein (bezieht sich auf das Dialog-Heft „Heimat“
Ist es Anliegen der LINKEN nur einen anderen Staat haben zu wollen und reduziert sich dies darauf? Die Probleme werden in diesem Heft zu sehr aus Sicht des Staates angegangen, die gesellschaftlichen Strukturen finden zu wenig Berücksichtigung.

Stimmt das Verhältnis der Redezeiten in der Konferenz zwischen Referenten und Bürgerinnen und Bürger, wenn wir in einen Dialog kommen wollen?

Kerstin Kaiser bietet Gespräche vor Ort in Potsdam an und verweist darauf, dass seit fast einem Jahr dieser Dialog in unterschiedlichsten Formen führen und unseren Standpunkt im Gesundheitsbereich.

Regionale Vielfalt erfordert innovative Ansätze- Öffentliche Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen Brandenburgs

Barbara Klembt, Bürgermeisterin Wiesenburg

Anerkennen die Notwendigkeit die Herausforderungen der Globalisierung aufzunehmen und sich ihnen zu stellen. In der Gemeinde mit 28 Orten und Siedlungsgebieten gibt es bereits seit 1976 eine gemeinsame Grundschule im Zentralort Wiesenburg. Die weiterführenden Schulen befinden sich in Belzig bzw. Michendorf. Das führt auch dazu, dass junge Leute nicht motiviert sind ins Dorf zu ziehen. Gibt auch das Phänomen, dass sich Eltern in der Nähe der Städte mit Erstwohnsitz anmelden um ihren Kindern ein von ihnen als geeignete Schule beschulen zu lassen und eine Zweitwohnung im Dorf haben.

Die Grundschule ist eine verlässliche Halbtagschule, die mit vielen lokalen und regionalen Partnern unterschiedliche Angebote für die Kinder vorhalten. Ein monatlicher Beitrag von 0 bis max. 50 Euro (entsprechend der finanziellen Situation der Familien) wird dafür erhoben. In der Gemeinde wurden Arbeitsgruppen mit Bürgerinnen und Bürger gegründet, die sich für die Entwicklung der Kommune einsetzen. Deutlich wurde dabei u.a., dass die häufig gesetzlich geforderten Normen und Standards von den Betroffenen gar nicht gewollt sind. Die Bürgerinnen und Bürger entwickeln dabei durchaus ein Kostenbewusstsein für die möglichen oder auch nicht möglichen Aufgaben.

3 Stefan Ludwig, Bürgermeister Königs Wusterhausen

ÖVD im engeren Verflechtungsraum. In seiner Stadt bringt der demografische Wandel Bevölkerungswachstumsraten mit sich.

Stadt ist dabei für sich zu definieren, was ÖDV heute für die Stadt heißt. Sind in der Situation, dass sie stärker mit Berlin harmonisieren wollen, dies jedoch nur über die Landesregierungen – Staatsverträge- möglich ist. Für seine Stadt ist Berlin eine Arbeits- und Einkommensquelle. Erläutert Beispiele der

Kommunalen Daseinsfürsorge anhand der Energieversorgung und führt aus, dass hier durch die Kommune kaum gesteuert werden kann, ebenso wie Post und Bahn. Als Problem stellt sich dar, dass im kommunalen Finanzausgleich die Versorgungsfunktion für die Metropole nicht berücksichtigt wird. Hinsichtlich der Gesundheitsversorgung macht er auf den Mitte der neunziger Jahre geschaffenen Konsens im Landtag aufmerksam, dass flächendeckend Krankenhäuser erhalten bleiben sollen.

Die Ansiedlung niedergelassener Ärzte entzieht sich er kommunalen Einflußnahme. Im Bereich Wasser und Abwasser ist ein Problem der Zukunft dass Wasser in Größenordnungen aus der Region abgeleitet wird. Dieser Prozess muss sich umkehren, wir müssen Wasser in der Region halten.

Schule wird von der Landesregierung nicht als ÖDV gesehen, sondern als Landeskultur. Deshalb werden Kommunen zu Schulschließungen nicht befragt sondern informiert.

4 Peter Pfaffhausen, Geschäftsführer der Stadtwerke Potsdam

Zu den Erfahrungen seines Unternehmens für die Erfüllung der Aufgaben der ÖDV. Dabei macht er u.a. auf die Situation in, dass im Aufsichtsrat die Personen mit unterschiedlichen Funktionen sitzen.

Abschlussrunde

1. Hans-Jürgen Scharfenberg – Verhältnis Haushalt und ÖDV
2. Margitta Mächtig – im Leitbild Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge genau benennen als Katalog und das Prinzip der Übertragung der Aufgaben der ÖDV an die Kommunen einzufordern;
3. Anita Tack- verweist auf Probleme des ÖPNV und fordert konsequentes eintreten für dessen Erhalt